

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE) und Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE) zu Post Nr. 11 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 18.10.2023.

Fachassistent:innen auch für private elementare Bildungseinrichtungen sowie bedarfsgerechte Aufstockung der Finanzierung

Das Problem ist nicht neu: In Wien herrscht seit vielen Jahren ein erheblicher Mangel an inklusiven Betreuungsplätzen in der Elementarbildung. So ist der Bedarf an elementaren Bildungs- und Betreuungsplätzen für Kinder mit Behinderung oder Beeinträchtigung um 46 % höher als das derzeit von der Stadt Wien bereitgestellte Angebot. Dies hat die Beantwortung der von uns gestellten Anfrage (PGL-830440-2023-KGR/LF) gezeigt. Der Beantwortung zufolge sind aktuell 845 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf bei der Stadt für einen Platz in einer Integrationskindergartengruppe oder heilpädagogischen Gruppe auf einer Warteliste vorgemerkt. Das sind 845 Kinder zu viel. Das ist ein untragbarer Zustand. Das in der UN-Behindertenrechtskonvention ratifizierte Recht auf Bildung aller Kinder scheint nur auf dem Papier zu existieren.

Qualitative elementare Bildung ist jedoch der Grundstein für ein gutes Lernen. Gerade Kinder mit erhöhtem Förderbedarf benötigen bereits in der Krippe bzw. im Kindergarten eine intensive Betreuung, um am späteren Bildungsweg und im Alltag die größtmöglichen Chancen zu haben. Ein inklusives Bildungssystem ist jedoch nicht nur Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit und uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, sondern schafft auch das Bewusstsein für gesellschaftliche Vielfalt. Die Realität ist davon jedoch noch meilenweit entfernt.

Nicht nur die Ungleichbehandlung zwischen Kindern mit und ohne erhöhtem Förderbedarf ist enorm. Ebenso jene zwischen städtischen und privaten Trägerorganisationen. Obwohl in Wien rund 2/3 der Kindergartenplätze von privaten Träger:innen bereitgestellt werden, sind diese im Vergleich zu den Stadt Wien Kindergärten deutlich im Nachteil. Privat geführte Einrichtungen leisten genauso wichtige Arbeit wie städtische, erfahren aber eine stetige

Ungleichbehandlung. Die Fördermittel fließen primär in den städtischen Bereich, die privaten Träger:innen kommen kaum zum Zug. Auch die Genehmigung der Förderung einer Fachassistenz ist nur für die Stadt Wien Kindergärten vorgesehen. Dies hat mitunter weitreichende Folgen. Bestens im Kindergarten integrierte Kinder, bei denen ein besonderer Förderbedarf festgestellt und eine Unterstützung durch eine Fachassistenz notwendig wird, müssen das gewohnte Umfeld verlassen, da eine Fachassistenz nur für Stadt Wien Kindergärten - nicht jedoch für private Betreiber:innen - genehmigt wird. Die Kinder werden damit in eine ungewisse Zukunft geschickt und für deren Eltern beginnt der "Kampf" um einen der wenigen inklusiven Kindergartenplätze. In Folge sind die Mütter oft gezwungen, das Arbeitsverhältnis zu beenden, da das Kind zuhause betreut werden muss. Die berufliche Zukunft der Mütter ist verbaut und die Kinder werden um eine qualitative elementare Bildung und um ihre Chancen beraubt.

Die Stadt Wien ist deshalb dringend gefordert zu ermöglichen, dass die Genehmigung und Finanzierung einer Fachassistenz auch von privaten elementaren Bildungseinrichtungen in Anspruch genommen werden kann. Zudem muss es zu einer bedarfsgerechten Aufstockung der Fachassistenzfinanzierung seitens der Stadt Wien kommen, um ausreichend Ressourcen für alle Kinder mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen, die diese Unterstützung benötigen, zu schaffen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht den Herrn amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz gemeinsam mit dem Herrn amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport dafür Sorge zu tragen, dass Fachassistent:innen auch in privaten elementaren Bildungseinrichtungen ermöglicht werden und es zu einem generellen und bedarfsgerechten Ausbau des Angebots an Fachassistenzen kommt.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 18.10.2023

